

Man braucht diesen Satz nur auszusprechen, um den ganzen Wahnsinn des alldeutschen Spiels mit dem Feuer zu erkennen. Die Verantwortungslosigkeit dieser Reaktionäre ist — das zeigt das obenstehende Zitat — so groß geworden, daß sie für einen Eintagsflieg des Absolutismus das Deutsche Reich in die Luft zu sprengen raten. Wehe dem Reichskanzler, der diesen Einflüsterungen Gehör schenken wollte!

Wir glauben auch nicht, daß sich in Deutschland eine Regierung finden würde, die sich auf dieses Va-banque-Spiel politischer Bankrotteure einläßt. Aber was bleibt dann übrig? — Führt von zwei theoretisch möglichen Wegen, dem jetzigen unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, der eine zum früheren Untergang des Ganzen, — nun, dann muß man sich eben entschließen, den anderen zu betreten.

Da der Gedanke der Aufriechtung der Diktatur Wahnsinn ist, so bleibt nur die Einführung des parlamentarischen Systems. Sie ist der einzige Ausweg aus der jetzigen Krise.

Kerenskis Appell an die Ostseeflotte.

Kerenski hat an den Oberbefehlshaber der Nordfront-Armee folgendes Telegramm gerichtet: Sagen Sie der Ostseeflotte, daß die fürstliche Stunde der Prüfung gekommen ist. Rußland erwartet zu seiner Rettung eine tapfere Tat der Marine, und ich als oberster Befehlshaber fordere von den Mannschaften und von der Führung, daß sie sich opfern. Es naht die Stunde, wo die Ostseeflotte die Ehre des Vaterlandes, seine großen Liebesleistungen und die Freiheit der Revolution verteidigen kann; es ist Zeit, ernstlich zu bedenken, wie man sich dem Feinde stelle. Die Besatzung von Kronstadt hat es durch ihre Haltung schon erreicht, daß die Verteidigungsmittel dieser Festung nicht vollständig sind! Mögen alle daran denken, daß das Vaterland, das nicht nur einen Tag leben wird, verberberischen Leichtsinn oder überwollende Aufbegehung nicht verzeihen wird! Das abscheuliche Verbrechen des Panzerschiffes „Petropawlowski“ muß gutgemacht werden. Rüge die Flotte unter Führung ihrer Offiziere, deren Vaterlandsliebe ganz Rußland bekannt ist, den Feind zurückzuwerfen.

Die russische Anarchie.

Nach einem Petersburger Telegramm fand im Winterpalast ein Ministerrat statt, der sich ausschließlich mit der Anarchie im Reich beschäftigte. Sämtliche Regierungsmitglieder waren darin einig, daß die Bauernunruhen mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden müßten. Militär und Regierungsbehörden sollen angewiesen werden, gegen die Anarchie aufs strengste vorzugehen und selbst nicht vor Anwendung der Militärgewalt zurückzufahren.

Die Regierung hat den Zugang nach Moskau allen Personen, die nicht durch dauernde Beschäftigung an die Stadt gebunden sind, untersagt.

Schon wieder eine Reorganisation des russischen Heeres.

Die im Hauptquartier unter dem Vorort Kerenskis und im Gegenwart der Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine, ferner des Generalstabschefs, des Oberbefehlshabers und des neuen russischen Botschafters in Frankreich, Raskolow, abgehaltene Beratung erörterte im Hinblick auf die interalliierte Konferenz in Paris die Frage der Erneuerung der Kampffähigkeit der russischen Armee und nahm folgenden Entwurf dafür an: die Kommandeure sind zu verbessern und zu diesem Zweck ist die systematische Beförderung der Soldaten und die Verwendung der aus dem gegenwärtigen Kriege sowohl an der russischen wie an der Westfront sich ergebenden militär-technischen Fortschritte ins Auge zu fassen, ferner die strenge Regelung des inneren Dienstes der Soldaten und ihre Ausbildung, welche möglichst nachdrücklich betrieben werden muß.

Einstellung der holländisch-englischen Schifffahrt.

„Roosdode“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Fahrt holländischer Schiffe von Holland nach England eingestellt ist. Diese Maßregel steht im Zusammenhang mit der schwebenden Frage zwischen Holland und England.

Die Wirkung des Tauchbootkrieges.

„New York Tribune“ vom 12. September bringt folgende Sondermeldung ihres Londoner Mitarbeiters Arthur Draper: Die Lage des Tauchbootkrieges kann nicht schwarz genug gemalt werden. Es ist unmöglich, ihren Ernst zu übersehen. Ein britischer Reiserichterbeamter schilderte mir heute die wirtschaftliche Lage der Antillenländer und betonte die vitale Notwendigkeit eines solchen Verständnisses für die den Alliierten und den Vereinigten Staaten durch das bisher nicht gemehrte Tauchbootproblem drohende Gefahr in Amerika. Mein Gewährsmann sagte: Frankreich wird diesen Winter fürchtbar durch Kohlenmangel leiden. Italien braucht nicht nur Kohle, sondern auch Getreide, an dem eine erste allgemeine Knappheit besteht, die mehr innere Ursachen verurteilt, als allgemein bekannt ist. Selbst hier in England haben einige Verleumdungen aus Mangel an Erzgen. Um dieses Problem zu lösen und die Situation zu retten, müssen die Vereinigten Staaten die Antillenländer, die verentenen Schiffe zu ersetzen, verdoppeln. Im ersten Kriegsjahr war es das Problem des Mannschaftsersatzes bei den Alliierten, im zweiten und dritten Kriegsjahr war es das der Munition, im vierten das der Schiffe. Trotz der neuartigen optimistischen Rede Woodruffs über die Tonnageverluste ist es absolut sicher, daß dieses Problem weit vitaler ist als irgendein anderes bisher aufgelaunenes. Draper gibt an, von unrichtiger Seite erfahren zu haben, daß die Tauchboote jetzt nicht lediglich die gewöhnlichen Handelsstraßen bedrohen, sondern überall auf dem Ozean angreifen und schließlich: Wenn es möglich wäre, die Tauchboote an dem Auslaufen von ihrer Basis zu hindern, so würde die Tauchbootgefahr nicht mehr bestehen, selbst das Zusammenwirken mit der amerikanischen Flotte wird nicht genügen, um die Gefahr zu beseitigen. Die einzige Lösung des Problems besteht in dem Bau von mehr Schiffen. Die Vereinigten Staaten müßten sofort zu der Erkenntnis dieser Tatsache aufwachen.

Die Engländer belibien zwei Methoden die Wirkungen des unbeschränkten Tauchbootkrieges zu mildern. Für den Dausgebrauch bevorzugen sie rosenroten Optimismus, den Amerikanern schillern sie keine Folgen schwarz in schwarz, um sie zu höchsten Hilfsleistungen anzuregen.

Die Folgen englischen Schiffsmangels.

Der Schiffsmangel, der der Regierung zur Verfügung steht, wurde vermehrt durch eine neuerlich getroffene Entscheidung, nach der die Regierung solche Schiffe in britischen Häfen in Gebrauch nehmen kann, die ganz oder vorwiegend britisches Eigentum sind, jedoch bisher unter neutraler Flagge fuhr. Nachdem die deutsche Regierung in Weizsackerartikeln dahin entschieden hat, daß ungetauchte neutrale Flagge diese Fahrzeuge als britische behandelt werden können, ist es zum Schick des britischen Kapitals, das in diesen Schiffen arbeitet, notwendig, daß sie die englische Flagge führen. Auf Grund dieser Entscheidung hat die Regierung folgende schwebende Schiffe beschlagnahmt: Sping, Bellgrove,

Whills und Trentona. Die Eigentümer werden für die Benutzung ihrer Schiffe entschädigt werden.

Die Meldung des Neuterischen Bureau ist eine Nachbestätigung englischer Deutlichkeit und Bestätigung. Durch eine Verordnung vom 20. Oktober 1915 hatte die britische Regierung den Artikel 7 der Londoner Deklaration aufgehoben, wonach über die feindliche oder neutrale Nationalität eines Handelsschiffes die Flagge entscheidet, die es zu führen berechtigt ist. An Stelle dieses Artikels war die frühere Praxis der englischen Preisgerichte wieder eingeführt worden, die auch neutrale Schiffe als feindliche behandelte, wenn feindliches Kapital in ihnen angelegt war. Durch diese Maßregel wurden neutrale Reedereien veranlaßt, deutsche Beteiligungen abzugeben, während das englische Verfahren, sich neutrale Reedereien durch Kapitalbeteiligung dienstbar zu machen, seinem Hindernis begegnete. Als notwendige Vergeltungsmaßregel wurde deshalb von deutscher Seite eine neue Bestimmung (Ziffer 11a) in die Brisenordnung aufgenommen, wonach neutrale Schiffe als feindliche zu behandeln sind, wenn überwiegend feindliches Kapital an ihnen beteiligt ist.

Die Neuter-Meldung dreht in bekannter Weise den Spiegel um und bezeichnet die Bevorgünstigungen neutralen Schifftraumes durch England als Vergeltungsmaßregel gegen die neue deutsche Bestimmung. Das Räuber ist aber diesmal so plump, daß die deutsche Absicht, den gerechten Lohn der betroffenen Neutralen auf Deutschland abzulassen, schwerlich Erfolg haben wird.

Beginn der Landtagsarbeiten.

Zu einem neuen, vielleicht seinem bedeutungsvollsten Tagungsabschnitt tritt der preussische Landtag am Dienstag zusammen. Die Erörterung des Dreiklassenwahlrechts im Verein mit den geborenen Gesetzgebern des Herrenhauses, denen 70 Jahre lang Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen ausgeliefert war, und die es vorzüglich verstanden haben, die Geschäfte ihrer Klassen zu besorgen, sollen die Probe auf das Exempel ablegen, sie sollen zeigen, ob sie des Geistes der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben, oder ob sie auch jetzt noch gewaltfam der modernen Entwicklung Einhalt gebieten zu können glauben.

Noch wissen wir nicht, wie die Wahlrechtsvorlage aussieht. Daß die Regierung ihr so feierlich gegebenes Wort einlösen und das gleiche, geheime Wahlrecht mit direkter Stimmabgabe beantragen wird, halten wir für selbstverständlich. Aber von da bis zu einem wirklich demokratischen und alle Vorrechte beseitigenden Wahlrecht ist noch ein weiter Schritt. Geht nicht Hand in Hand mit der Reform des Wahlrechts eine Neuerteilung der Wahlkreise auf Grundlage der Bevölkerungszahl, so kann das auf dem Papier gleiche Wahlrecht in Wirklichkeit ein höchst ungleiches sein, und läßt man die Voraussetzungen der Wahlberechtigung an Bedingungen, wie sie jetzt schon auf konservativer Seite angeregt werden, etwa an ein hohes Lebensalter oder eine lange Aufenthaltsdauer in der Gemeinde, so kann auch vom allgemeinen Wahlrecht keine Rede mehr sein. Eine weitere Beeinträchtigung der Rechte der preussischen Wähler ist in der Umgestaltung des Herrenhauses zu erblicken, das, so weit bekannt geworden ist, so zusammengesetzt und mit solchen Nachbepfugnissen versehen werden soll, daß der Einfluß des Abgeordnetenhauses dadurch völlig weggemacht wird.

Für uns Sozialdemokraten kann es nichts anderes geben als das Festhalten an unserer programmatischen Forderung. Wir verlangen neben der Beseitigung des Herrenhauses, das sich mehr und mehr als ein reaktionärer und die Gesetzgebungsmaschine hemmender Faktor erwiesen hat, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, und zwar nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen, und wir fordern ferner die Neuerteilung der Wahlkreise nach jeder Bevölkerungszählung. Daß die übergroße Mehrheit des heutigen Landtags dies Programm bekämpft, wissen wir, aber das darf uns nicht abhalten, das zu vertreten, was nach unserer innerster Überzeugung das unveräußerliche Recht des Volkes ist.

Aber nicht nur die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie, sondern auch die Vorlagen der Regierung, sofern sie von freihetlichem Geiste beseelt sind, werden im Landtage auf eine heftige Gegnerschaft stoßen. Die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts können es der Regierung nicht verzeihen, daß sie mitten im Kriege an die Reform des Wahlrechts geht, noch dazu, ohne sich vorher mit ihnen ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ihre Hoffnung auf eine Vereinerung des Dreiklassenwahlrechts, auf eine dauernde Entrechtung der Massen, ist dahin. So ohne weiteres jedoch werden sie das Schlachtfeld nicht räumen, es wird zu kämpfen kommen, im Vergleich zu denen alle bisherigen parlamentarischen Kämpfe in Preußen nichts sind. Für die wenigen Vertreter der Arbeiterklasse im Dreiklassenhaus gilt es ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten, aber sie werden dazu um so eher instande sein, je mehr sie wissen, daß hinter ihnen ein einheitlicher Wille des Proletariats steht, des Proletariats, das entschlossen ist, seine Fesseln zu sprengen und sich seine Gleichberechtigung zu erkämpfen.

Die Arbeiterklasse wird den Vorgängen im preussischen Landtage ein größeres Interesse als irgendwelchen parlamentarischen Ereignissen dieses Hauses in früheren Jahren entgegenbringen. Aber sie darf sich damit nicht begnügen, sondern sie muß auch laut und vernehmlich ihre Stimme erheben, sie muß den herrschenden Klassen zu verstehen geben, daß sie sich ein Werk mit den Vorkämpfern für ein freies Wahlrecht und daß sie es fast hat, noch länger die Rolle des vierten Standes zu spielen. Das Proletariat wird auf der Hut sein, es wird darüber wachen, daß nicht wieder durch Schachergeschäfte zwischen einzelnen Parteien seine höchsten Rechte preisgegeben werden.

Zur jeder Angehörige der Arbeiterklasse und jeder, der sonst noch auf dem Boden eines freien Wahlrechts steht, seine Pflicht, dann hat die Todesglocke des Dreiklassenwahlrechts geschlagen, dann ist es zu Ende mit einem Parlament, das sich in Selbstüberhebung eine Volksvertretung nennt, obwohl es in Wirklichkeit nur die Vertretung bestimmter Klassen und bestimmter Interessentengruppen ist.

Was wird aus Herrn v. Capelle?

Die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, ist bis zur Stunde amtlich weder bestätigt noch geleugnet worden, obwohl sie am Sonntag früh die Kunde durch die gesamte Presse gemacht hat. Dieses amtliche Schweigen berührt einigermaßen merkwürdig. Offenbar ist man sich nicht einig, ob man das Gesuch annehmen oder ablehnen soll. Der Reichskanzler ist, wie gemeldet wird, nach Kurland abgereist.

Wegen die langweilige Darstellung des Auftretens Herrn v. Capelles im Reichstag nimmt jetzt auch die freikon-

soziale „Post“ Stellung, die schreibt: „In jedem sprach Herr v. Capelle feinstens in irgendeiner „Erregung des Augenblicks“; er las klar und ruhig vor, was sein Manuskript ihm wies; und dies Manuskript sollte nicht vorher Gegenstand eingehender Verabredung sein.“

Eine Verteidigung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Im „Berliner Tageblatt“ verteidigt Conrad Hausmann die Bewilligung des Nachtragssetzels durch die Fortschrittliche Volkspartei. Seine Ausführungen stellen offenbar eine Erwiderung auf den vorgelegten Artikel des „Vorwärts“ dar, obwohl dieser nicht ausdrücklich genannt wird. Hausmann schreibt:

Sie (die Fortschrittliche Volkspartei) hat den Nachtragssetzel bewilligt, trotzdem inzwischen die Gegner der Reichstagsmehrheit mit deutlicher und dienlicher Protektion einen Feldzug zur Schmäherung der Reichstagsmehrheit eröffnet hatten, und sie hat sich enthalten, ihre Ansicht in der Form eines Mißtrauensvotums auszusprechen.

Dieses Hochmaß von Zurückhaltung hat sie gewählt, weil der Weltkrieg die höchste Selbstzucht von demokratischen Parteien fordert, und weil der Konflikt im Weltkrieg eine Schwächung der Staatsgewalt bedeutet.

Niemand hat das Recht zu bezweifeln, daß die Volkspartei die Lage nicht in ihrer ganzen Bedeutung erfährt und ihrer Überzeugung in der Form, die dem Staatsinteresse und der Sozialität gleichmäßig entspricht, Ausdruck gegeben hat. Ob die Verantwortung des Parlaments nicht kollektiv, sondern der in der Auffassung der Notwendigkeit übereinstimmenden Parteien nahegelegt hat, sei unerörtert. Jedenfalls hat die Volkspartei in all den kritischen Monaten sich jeder Rücksicht interfraktioneller Gemeinschaftlichkeit erinnert und den Parteipunkt, soweit als immer möglich, zurücktreten lassen.

Das „B. Z.“ selber hatte bereits am Sonnabend zu unseren Ausführungen mit folgender Bemerkung Stellung genommen:

Der „Vorwärts“ überficht hier vielleicht einige Momente, die für das Verhalten der bürgerlichen Klassen entscheidend waren. Aber in vielen, was er sagt, hat er recht.

Das Zentrum gegen die Vaterlandspartei.

Die „Germania“, das führende Berliner Zentrumsblatt, veröffentlicht einen längeren Artikel unter der Überschrift „Zentrum und Vaterlandspartei, der mit den Worten schließt:

Nicht nur sämtliche Zentrumsabgeordnete der Reichstagsfraktion lehnen es ab, der Vaterlandspartei als Mitglieder beizutreten. Vielmehr will, wie sich in den nächsten Tagen zeigen wird, die maßgebende Parteiorganisation, daß diese Ablehnung für alle Parteifreunde maßgebend sei.

Damit wird die „Vaterlandspartei“ ihre Behauptung von den zahlreichen Zentrumsanhängern, die ihr angeblich angehören, erheblich einschränken müssen. Aber hier geht Melame vor Wahrheit.

Doch noch ein Strafverfahren gegen die drei Unabhängigen?

Aus Berlin erfährt die „Badische Presse“:

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission gegen die drei Unabhängigen Sozialdemokraten von der Regierung abgelehnt wurde, da sich das Material gegen die drei Abgeordneten gegenwärtig schon auf dem Wege an das Reichsgericht in Leipzig befindet.

Ein Antrag des Reichsanwalts an den Reichstag auf Aufhebung der Immunität der drei Abgeordneten liegt bis heute nicht vor. Die Meldung des badischen Blattes ist von anderer Seite nicht bestätigt und einseitigen mit Vorsicht aufzunehmen.

Normaldeutsche gegen Alldeutsche.

Im Eisenacher Oberlande — oben auf der Rhön — fanden in der verflochtenen Woche in den Orten Empfertshausen, Oberweid, Kaitenjunheim und Kaitenwehheim öffentliche Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren. Fast alle noch in den einzelnen Orten anwesenden Männer waren in den Versammlungen erschienen, auch hatten sich eine ziemliche Anzahl Frauen eingefunden. Genosse Leber sprach in allen Versammlungen über das Thema: „Versöhnungsfrieden und die Demokratisierung Deutschlands“. Die aus allen Schichten der Bevölkerung besuchten Versammlungen stellten sich einmütig auf den Standpunkt der Referenten, der für einen Versöhnungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen eintrat und in energischer Weise die Demokratisierung Deutschlands forderte.

Scheiben einschmeißen — ein alldeutsches Kampfmittel!

Die Münchener Alldeutschen haben eine But auf die „Münchener Neuesten Nachrichten“, weil diese — im übrigen ein national-liberales Organ — sich gegen die „Vaterlandspartei“ erklärt haben. Auf der Versammlung des national-liberalen Vereins forderte ein Oberinspektor S. Lindt, dessen Auffassung sich später Reichsanwalt Goldschmidt angeschlossen, nach dem Bericht der „N. N.“ auf dem Blatt die Fenster Scheiben einzuschmeißen!

Die Alldeutschen haben in der auswärtigen Politik schon viel Scheiben eingeschmeißen, die das deutsche Volk jetzt mit seinem Blut hat bezahlen müssen.

Maskerade.

In laufenden Zeitungsnutzen berichtet die Deutsche Vaterlandspartei über ihr Wachstum. Auf den ersten Blick machen diese einen ganz imponierenden Eindruck, aber wenn man genauer hinsieht, bemerkt man, daß die weitaus meisten Beitritts-erklärungen der Charakter tragen wie folgende:

Die Drösiggruppe Stendal des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden hat beschlossen, der Deutschen Vaterlandspartei beizutreten. — Der Vorstand des Deutschen Wahlvereins für den Kreis Eutin hat einstimmig beschlossen, daß der Deutsche Wahlverein mit seinen sämtlichen Mitgliedern der Vaterlandspartei als korporatives Mitglied beitrete. — Die Drösiggruppe Frankfurt a. O. des Deutschen Flottenvereins hat einstimmig den korporativen Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei beschlossen, u. s. w.

Es sind also die altbekannten alldeutschen Organisationen, die sich zum so und so vielen Male während des Krieges ein neues Gewand angezogen. Da die alte Organisation aber nicht aufgegeben wird, sondern daneben auch noch bestehen bleibt, so hat man mit einem einzigen Federstrich die Mitgliederzahl verdoppelt und verdreifacht: wo ursprünglich nur ein alldeutscher Stammtisch von 12 Personen existierte, besteht jetzt außerdem eine Ortsgruppe des „Unabhängigen Ausschusses“ von denselben 12 Mitgliedern und ein Zweigverein der Vaterlandspartei von eben denselben 12 Mitgliedern. — Da zweifelt einer an dem lawinartigen Wachstum der alldeutschen Bewegung!

Eberts Eröffnungsrede auf dem Parteitag.

Würzburg, 14. Oktober 1917.

Heber 4 Jahre nach dem letzten deutschen Parteitag zu Jena hat sich heute in Würzburg die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie zu ernstlichen Beratungen versammelt, freier als sonst im Jahre. Der Herbst läßt die Wälder auf den Bergen rings um die Stadt in allen Farben leuchten. Der große Hofgarten bietet ein wunderbares Bild. Wir sind in der Hauptstadt des Reiches unter Franken und Schaffenburg, wo einst die Fürstbischöfe auch als weltliche Herren regierten. Erst 103 Jahre gehört Würzburg zu Bayern. Süddeutscher Geist umgibt uns.

Der große Saal des Hüttenischen Gartens, ein Gebäude umweit des Stadtzentrums, in einem Stil, der den prachtvollen Rokokoformen angelehnt ist, die Würzburg neben 26 Kirchen zieren, ist der Sitz des Parteitages. Geiern hat hier in einem der vielen kleineren Säle der Parteiausflug stattgefunden. Heute normtlich drängten sich hier wohl 2000 Mann, wenn nicht mehr, um Scheidemann zu hören.

Rot und weiß ist der Saal geschmückt, das fränkische Wappen über dem Haupteingang. Nebens Bild vom Rednerpult. Hunderte von Zuhörern sind auf der Galerie, von der die Fahne der Würzburger Parteioffiziere niederhängt. Wilhelm Liebknecht hat das Banner 1866 gemeißelt. An langen Tischen haben die Delegierten, etwa 300 an der Zahl, Platz genommen und es gibt für viele von ihnen das erste Wiedersehen seit Jena. Manche fehlt, die man sonst auf dem Parteitag zu sehen gewohnt war. Vor allem gedenken wir an diesem Abend des unbegreiflichen Ludwig Frank, des unbegreiflichen Vorkämpfers deutsch-französischer Verständigung, den eine französische Kugel dahintrat, als er mit seinen Mannbrüdern eine feindliche Stellung angriff.

Die Arbeiterkämpfer von Würzburg und Schweinfurt begrüßen mit Eifer die Versammlung. Die Schlussworte des einen Liebes: „Die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz! machen tiefen Eindruck. Es ist die alte Kampfeskraft und Übermacht, die uns entgegenschlägt und uns neuen Aufschwung verleiht über alle Not und Widerwärtigkeiten der Zeit.

Ramens des Parteitagkomitees heißt Konrad Adenauer, der die Delegierten herzlich willkommen. Er erinnert daran, daß schon 1914 die Parteitagsvorbereitungen in vollem Gange waren, als das entsetzliche Unglück des Weltkriegs die Welt in Flammen setzte. Alle Theoretiker lehrten, daß ein solcher Zusammenstoß der entseelten Verschwörungskräfte nur nur kürzester Dauer sein könnte, leider erwies sich diese Lehre als falsch und im vierten Jahre des Weltkriegs erst treten die Abgesandten des deutschen Proletariats hier zusammen, um aus dem Weltkrieg die Folgerungen für unsere Theorie und Praxis zu ziehen.

Würzburg ist nicht aller Boden der Parteigeschichte und Parteitradition, aber es ist durchdringt vom Geiste deutscher Demokratie. Hier predigten Häuflein und Florian Meyer, daß Arbeiter und Bauern sich die Hand reichen müßten, um materielle Ausbeutung und geistige Verflüchtigung zu überwinden. Im Geiste dieser deutschen Demokratie haben wir einen hartnäckigen Kampf gegen die schleimige Gewalt des Zentrums in feingeknüpfter Organisation geführt. Im Jahre 1912 haben wir hier eines der härtesten Kämpfe des deutschen Zentrums erlitten, die alle Reichstagsstädte Würzburg, und haben darauf ein Landtagsmandat und zahlreiche Siege in der Gemeindeverwaltung erobert. (Bravo!) Seitdem hat auch hier die Partei schwer unter dem Weltkrieg gelitten. Den Opfern des Krieges, die in fremder Erde ruhen, widmen wir in unaussprechlicher Dankbarkeit ein stilles Gedenken. Auch denen, die an der Front die Heimat verteidigen, ist unser ewiger Dank gewiß; denn nur, wer die Verheerungen und Vermächtigungen des Krieges aus eigener Anschauung kennt, weiß zu schätzen, was die Unberechenbarkeit von Heimat, Herz und Hof bedeutet. (Sehr wahr!) Unsere

Dankbarkeit gegen tote und lebende Kämpfer

bringen wir in unserer eifrigen Friedensarbeit zum Ausdruck. Dabei stoßen wir auch hier auf die lärmende Gegenagitation der Eroberungspolitiker; aber ich darf Ihnen sagen, daß deren Treibereien hier allgemein mit dem größten Unbehagen aufgenommen werden. (Bravo.) An der Spitze dieser Bewegung steht hier der Direktor des größten Munitionsbetriebes (Seemeyer), Jurist: Natürlicher, Schlichter, Lehrer und Beamter, die durch ihr Alter längst über die Pflicht hinaus sind, geben seinen willigen Gehör ab. Man unterschätze die Bedeutung von Seemeyers, Hochfinanz und fränkischem Großadel in ihrer Position nicht. Sie haben 1907 die Volkstimmung gefälscht und haben es jetzt wieder zu erreichen. Darum sind wir hier in einer Waffenschmiede bereinigt, um zum künftigen schweren Kampf geschäftig zu sein. Mächtig wackerer Parteigenosse, dessen Name sonst mit der Parteigeschichte eng verknüpft ist, steht heute leider abseits. Trotzdem werden die Verhandlungen vom Geiste kameradschaftlicher Treue, parteigenösslichen Empfindens und unerschütterlichen Zusammenhaltens getragen werden. Auf Ihnen lastet eine große Verantwortung nach innen und außen. Vivos voco, mortuos plango — unsere Arbeit den Lebenden, unsere Gedanken den Toten, Glück auf zur Tagung! (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Ebert dankt den Würzburger Genossen für ihre herzliche Begrüßung und die ausgezeichnete Vorbereitung für den Parteitag. Er rühmt die Erfolge der Sozialdemokratie in Würzburg und ganz Bayern und fährt dann fort: Von dem letzten Parteitag trennen uns vier Jahre des furchtbaren Völkermordens. Ein Meer von Blut und Tränen, dumpf und schwer, lastet auf uns wie Schutt des Todes. Unfasslich groß ist die Zahl der Freunde, die der Krieg aus unseren Reihen gerissen hat. (Die Delegierten erheben sich und hören stehend den tief empfundenen Nachruf an den Ebert den im Felde gefallenen Genossen widmet.) Dann führt Ebert weiter aus: Alle Völker befeuert heute

tiefster leidenschaftlicher Wille zum Frieden.

Ihnen allen brennt die Frage auf der Seele, wie wir am raschesten zum Frieden kommen. (Lebhafte sehr richtig!) An dieser Zeitfrage können auch die Treibereien der Eroberungspolitiker nichts ändern. Natürlich kann keine Partei die Waffen niederlegen, solange die andere in ungenügender Erörterungslust weiterkämpft. Solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind, sehen wir weiter zur Verteidigung unseres Landes. (Bravo!) Aber auf der anderen Seite fordern wir unbedingt klare und feste Friedensarbeit, frei von jeder Zweideutigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Völker der feindlichen Länder müssen die Gewißheit haben, daß wir einen gerechten Ausgleich wollen, dann werden sie friedensgeneigter werden, während gegen Verweigerung und Vernichtungslust jedes selbstbewußte Volk mit dem Aufbruch seiner ganzen Kraft den Kampf bis aufs äußerste fortsetzt. (Sehr wahr!) Unsere Gegner im alldeutschen Lager können, daß unsere Friedensarbeit nur Mißerfolge gehabt hätte. Wir hätten und nicht einmal mit den Sozialisten der anderen Partei verhandelt. Wir verstehen nicht die ungeheure Schwierigkeit der Friedensarbeit. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt ist verflüchtigt durch das, was wir in Würzburg sehen. Daran tragen unsere Alldeutschen in hohem Maße die Mitschuld. (Beifall sehr richtig!) Gerade ihr süßliches Treiben und knippselloses Handeln hat zur Aufspaltung des feindlichen Siegerwillens außerordentlich beigetragen. Die uns die Weltüberwindungsfantasie der Alldeutschen im feindlichen und neutralen Ausland schaden, das haben wir in Stockholm gesehen. Trotz alledem ist unsere Friedensarbeit nicht vergeblich. Mit der Stockholmer Konferenz ist die Friedens-

frage in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gestellt worden. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Alle Staatsmänner sind gezwungen worden, zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. Erst Stockholm hat die Atmosphäre geschaffen für die

Friedensklänge des Reichstags

und die Friedensnote des Papstes. Die vielumstrittene Reichstagsklänge war eine Friedensnote. (Lebh. Beifall.) Sie wird aus der Geschichte dieses graufigen Krieges immer hervorleuchten als Appell an Menschlichkeit und Vernunft. (Sehr gut!) Daß sie in feindlichen Ländern den Friedenswillen der Völker gestärkt hat, ist ganz unverkennbar. Die Gewaltmittel der Entente-Regierungen und der verzweifelte Schritt der Rohöverweigerung reden da eine deutliche Sprache. (Lebh. sehr wahr!) Die Leiden der arbeitenden Massen unter dem furchtbaren Krieg sind in allen Ländern gleich entsetzlich. So schwierig die Wiederaufrichtung der proletarischen Internationale auch sein mag, das Friedensgeplänkel der Diplomaten stellt die Gebuld der Völker auf eine zu harte Probe, deshalb wird die Bewegung für einen Frieden, der in den Völkern selbst befannt ist, notwendigerweise immer stärker werden. Ein rascher Friedensschluß ist für die Arbeiter aller Länder eine wahre Lebensfrage, die Lebensnotwendigkeit selbst. (Lebh. sehr wahr!) Alle Widerstände und Meinungen wird das sozialistische Pflichtbewußtsein schließlich über sich und Verblendung regieren. (Stürm. Zustimmung.)

So wenig wir uns diese Hoffnung entziehen lassen durch die neu proklamierten Eroberungsziele der Entente, so wenig werden wir uns daran hindern lassen, das Treiben einheimischer Politiker gebührend zu brandmarken. In welchem Gemahle sie auch auftreten, sie treiben ein freiböses Spiel mit den Interessen unseres Landes. (Lebhafte Beifall.) Die Vorstellung, daß der Friede die Opfer an Blut „loshnen“ soll, ist ein kapitalistischer. Aus der

Vorstellung des Geschäftemachens

selbst genommen. Alles Lohn- und Kontributionen fordern müßte die Weltkollaboration gegen uns zusammenschweifen, während ihre Auflösung eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Den besten Schutz gegen künftige Angriffe bietet die Verkündung mit dem Raschbar. (Sehr gut!) Mit der Politik der gepanzerten Faust wird nach dem furchtbaren Entsetzen dieses Krieges enghäutig aufgeräumt werden. (Stürmischer allgemeiner Beifall.) Kein Volk wäre danach noch imstande, die Rüstungslast zu tragen. Nur die Sicherung des Friedens durch internationale Rechtsgarantien läßt den Völkern noch die Lebensmöglichkeit. (Sehr wahr!) Auch die künftige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands läßt sich nur durch den Verkündungsfrieden sichern. (Sehr richtig!) Könnte das Volk heute abstimmen, neun Zehntel würden den Verkündungsfrieden gutheißen. Wir berufen uns bei unserer Friedensarbeit mit Recht darauf, daß die große Mehrheit unseres Volkes in der Heimat und an der Front hinter uns steht. (Allgemeine Zustimmung.) In diesem Bewußtsein werden wir auch künftig alle Kraft einsetzen gegen Eroberungs- und Vergeßlichkeitspläne für einen Frieden des Rechts und der Verkündung. (Stürmischer Beifall.)

Unsere innerpolitischen Verhältnisse sind durch die letzten Reichstagsverhandlungen grell beleuchtet worden. (Sehr wahr!) Wenn durch sie Schaden für die deutschen Interessen angerichtet worden ist, so trifft die Verantwortung dafür allein die Regierung. (Allgemeiner stürmischer Beifall.) Der Mann, der das stolze Wort gesprochen hat, ich lasse mir die Führung nicht aus der Hand nehmen. (Schallendes Gelächter) ist kein Führer; sein Ungehörigkeitskurz ist von einer peinlichen Situation in die andere. Der einzige Erfolg seiner dreimonatigen Präsidentschaft ist ein großer Haufen von Scherben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben im Reichstag mit genügender Deutlichkeit gesagt, wie wir zu der Regierung Michaelis, Heißerich und Capelle stehen.

Diese Kampfansage bleibt bestehen

und die Verhandlungen unseres Parteitages werden sie noch kräftig unterstreichen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Das Kapitel Michaelis ist der Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems. (Sehr wahr!) Es hat dringend dargelegt, daß die Demokratisierung des Reiches eine unaufschiebbare gebieterische Notwendigkeit geworden ist. (Sehr wahr!) In so schwerer Zeit dürfen die Reichsgeschäfte nicht länger denen überantwortet sein, auf deren Wohl das Parlament keinerlei Einfluß hat. (Sehr richtig!), deren Auswahl vielmehr geheime Kräfte, Zufälligkeiten und sogar Mißverständnisse entscheidend beeinflussen. Wir brauchen eine Reichsleitung, die getragen ist vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes, die gewillt ist, eine entschlossene Politik im Sinne des Volkswillens zu führen. (Lebhafte Beifall.) Wir brauchen eine Regierung mit Mut und Kraft gegenüber der dünnen Schicht feudaler Interessenpolitiker. (Stürmischer Beifall.) Die ihren Einfluß dem Willen des Volkes entgegenstellen. Die Situation erfordert eine Reichsleitung, die tatsächlich führt. Keine Hände müssen die Grenze zwischen politischen und militärischen Aufgaben ziehen. (Lebhafte sehr gut!) Der

Militarisierung unserer Politik

muß der schärfste und rücksichtslose Widerstand entgegengelegt werden. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Vor allem muß aufgegeben werden mit dem Belagerungszustand, dieser untraglichen politischen Zwangsjacke. (Sehr gut!) Gerade jetzt muß das Wort wahr gemacht werden, daß das Talent freie Bahn haben muß. (Sehr richtig!) Das Dreiklassenystem muß schnellstens und restlos beseitigt werden. (Lebhafte Zustimmung), und es wird beseitigt werden, denn wir werden nicht dulden, daß es bröckelt bleibt. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Jeder Verkündungsbuch würde verhängnisvoll für unser Land sein. (Sehr wahr!) Neben dem demokratischen Wahlrecht in Preußen bleibt kein Raum für das Herrenhaus. Mit ihm muß gleichfalls aufgeräumt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Aufgaben von höchster Bedeutung werden uns in den nächsten Tagen beschäftigen. Wir werden Rücksicht haben auch auf die Kämpfe im Innern der Partei, auf den

Bruch der Parteieinheit,

den wir alle schmerzlich empfinden. Dann werden wir mit verdoppelter Kraft wieder an die Tat gehen, den Blick aufwärts und vorwärts gerichtet zu den gemaltigen proletarischen Aufgaben der Zukunft. Hunderttausende draußen im eisigen Kampf des Kampfs sehen mit großer Erwartung dem Parteitag entgegen. Den Mannern im Felde, zur See und in den Garnisonen gilt unser erster Gruß, unser heißer Dank. Vor allem für sie werden wir weiter alle Kraft anspannen zur Förderung der Friedensarbeit, zur Stärkung der Partei noch innen und außen. Schließt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu entschieden wird, dann wird am Abend des Neuen die Sozialdemokratie ihren Mann stellen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Mit einem Glück auf zu unserer Arbeit erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Der Parteitag konstituiert sich. Zu Vorstehenden werden Ebert, Berlin und Auer, München einstimmig gewählt. Nach-

dem neun Schriftführer, neun Mitglieder für die Mandatsprüfungskommission und neun Mitglieder für die Beschwerdekommmission gewählt worden sind, wird die Geschäftsordnung, wie sie auf allen Parteitagen gebräuchlich ist, angenommen.

Einstimmig genehmigt wird die vorgeschlagene Tagesordnung, nachdem Ebert erklärt hat, daß sich der Bericht des Parteivorstandes auch auf die Friedensarbeit der Partei und auf Stockholm erstrecken werde.

Beisitzend wird weiter, denjenigen Mitgliedern des Parteiaususses, die Mandate haben, die Teilnahme am Parteitag mit herabgesetzter Stimme zu gestatten.

Als Tagungszeit werden die Stunden von 9 bis 1 und 3 bis 6 bestimmt. Damit sind die Vorarbeiten des Parteitages erledigt. Die Eröffnungssitzung schließt um 8 1/2 Uhr.

Theater.

Theater i. d. Königgräber Straße: „Iphigenie“.

Andächtig lauschte man der wunderbaren Dichtung, in welcher, wie in Lessings „Rathen“, der feilsch-troste Glaube läuternder Humanität, vom Geiste der Aufklärung getragen, seinen unbegreiflichen Ausdruck gefunden. An dem Vertrauen auf die Macht des Guten, der in Iphigenie, der Tantalidentochter, unbesiegt Seele lebt, an ihrer Tat, die dem gemeinen Sinn als Torheit scheitern muß, entzündet sich auch die Empfänglichkeit für Obles in des rauhen Barbarenkönigs Thoos Herzen, dem ihr Schicksal in die Hand gegeben. Ihre Reinheit löst den Fluch, der auf dem unseligen Bruder, den Muttermörder, lastet, und verwandelt so das Straf des Apollon, das ihm Rettung verweigert, wenn er das Bild der Schwester vom Aolais Strand nach Pelos bringe, aus einem Spruch fremder Götterwillkür in ein tiefes Sinnbild des Segens, der heilend von der Güte ausströmt. An das Eingelicht schließt sich der Ausblick auf ein allgemeines: daß jene blutige Sünde, die den an fremde Küste Verschlagenen zum rechtlosen Feinde stempelt, in dem Verhältnis der Hellenen zu Thoos sollte dem milden Brauche wechselweisen Geschichts weichen soll. Stimmen und Löhne, die in dieser Zeit des blinden Völkermordes gütig verwehrt werden, wie eine Vorkraft aus verschollenen Wellen klingen.

Kein anderes Drama Goethes erhebt sich zu so ebenmäßig klar geschlossener Form dramatischer Entwicklung, wie seine Iphigenie. Jede Figur und jede Szene trägt als untrennbar notwendiges Element der Einheit des Ganzen sinnvoll und bedeutsam ein. Wer über Mangel an Handlung in dem Stücke klagen wollte, erwiese damit nur, daß ihm für den Strom der inneren Bewegung, des feilschen Gedankens, das hier die Handlung trägt, der Blick schloffen ist. Aber freilich, die dramatische Spannkraft, die so der Dichtung innewohnt, wirkt härter aufs Gefühl des Lesers als des Zuschauers. Das ungeheuerliche Ausfließen der Stimmungen und Gedanken in Verse höchsten Wohlklangs, bei denen der Lesende liebevoll verweilt, führt auf der Bühne Schwierigkeiten mit sich. Die Anforderungen, die das Anhören dieser langen Reden und stumme Spiel der Partner beim Dialoge stellt, sind kaum erfüllbar. Das schwächt dem Eindruck des Lebendigen bei der Aufführung ab. Vor allem aber hat der Dichter die Gestalt der Helbin zu Höfen entzündet, denen wohl die Phantasie, doch kaum je die leibliche Verkörperung wird folgen können. Auch Irene Trieb, die in dem Strindbergischen Trauerspiel als Tochter des Andra so tief ergriffen, verschmolz nicht mit dem Bilde, das dem Geiste vorzwehlt. Man konnte sie als Schauspielerin auch hier bewundern, doch man vermag sie nicht über dem, was sie darstellen soll. Die keine, zierliche Gestalt, die schmerzhaft weichen, so modern anmutenden Züge waren der Atmosphäre, in der die Goethische Iphigenie atmet, fremd. Bei aller Kunst blieb doch das Zwingende der Union aus. Auch Kahlers Orchestre, der prächtige Momente hatte, besah für mein Empfinden nicht dieses völlig liebergewandte. Die Passie heigerte das feilsche Jermühen des Jammers, in dem das Junglingshafte der Figur sich ganz verlor. Die kleinere Rolle des Thoos war ebenso eigenartig als glücklich durch Herrn Karlou vertreten. In Simil Birrons Tolosch hörte an manchen Stellen ein Ton unharmonischer Naturbuchentums. Die von Svend Gade entworfenen Dekoration mit der breiten Tempeltrappe, dem Ausblick auf das dunkle Meer und den Wärdendäumen von felsam buntem Blätterdach gab dem Ganzen einen malerisch-stimmungsvollen Hintergrund. Das Publikum dankte der Aufführung am Schluß mit härmischem Applaus.

Letzte Nachrichten.

Die Landung auf Oesel.

Petersburg, 13. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Ein halbamtlicher Bericht über die Landung der Deutschen auf der Insel Oesel erklärt unter anderem, daß der Feind seit langem dieses Unternehmen vorbereitet habe, das durch die Schwächung des russischen Nachrichtenwesens begünstigt worden sei. Ohne Zweifel sei die Landung mit außergewöhnlicher Schnelligkeit vor sich gegangen. Der Bericht stellt fest, daß die Wegnahme von Oesel die Russen ihrer bisherigen vorherrschenden Stellung im Baltischen Meer beraube. Marineminister Berdewoff erhaltete der Regierung sofort nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier Bericht über die durch die Landung der Deutschen geschaffenen Lage. Die Regierung beschloß, sofort alle ihre Kräfte der Organisation der Landesverteidigung zu widmen.

Petersburg, 13. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Nach Meldungen des Marineministeriums nahmen acht Großkampfschiffe, zwölf leichte Kreuzer, vierzig Torpedoboote und dreißig Minensucher an der deutschen Landung auf Oesel teil.

Das russische Vorparlament.

Petersburg, 14. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) In der Kabinettsitzung vom 12. Oktober hat die Provisorische Regierung beschlossen, dem Vorparlament die Ernennung des vorläufigen Rats der russischen Republik vorzubehalten. Die Gesamtzahl der Mitglieder wird 355 betragen, davon 388 Vertreter der Demokratie und 167 Vertreter der Bürgerlichen. Die Eröffnungssitzung ist für den 18. Oktober einberufen.

Petersburg, 14. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die Provisorische Regierung hat den finnländischen Landtag für den 1. November einberufen.

Die schwedische Ministerkrist.

Stockholm, 14. Oktober. (Weldung des Svenska Telegr.-Agentur.) Nachdem Landeshaupmann Widen sich unvermögend erklärt hat, das Ministerium unter den ihm gestellten Bedingungen bilden zu können, hat der liberale Parteiführer Professor Eden den Auftrag erhalten, das Ministerium zu bilden.

Zahlreiche Gasvergiftungen.

Am Sonntag wurden zahlreiche Gasvergiftungen in Groß-Berlin gemeldet. In den meisten Fällen gelang es, die Lebensmühen zu retten. Nur in der Wartin-Ordnungs-Straße 15, Leltower Straße 41, Kalmberg Straße 16 und Liebigstraße kam die Wehr zu spät. Dort war der Tod schon eingetreten und jede Hilfe vergebens. Mit Erfolg waren dagegen Samariter der Wehr in der Dresden-Straße 100, Borchauer Straße 75, Wollner-Theater-Straße 32, Kochstr. 72 u. a. Stellen tätig. Auch aus der Androogstr. 75 und einigen anderen Orten liefen Meldungen von Gasvergiftungen ein. Mehrere Personen mußten nach Krankenhäusern geschafft werden.

Die Gewerkschafter im Großen Hauptquartier.

Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns mitgeteilt:
In den letzten Wochen wurden von mehreren Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen geben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichsfiskus, zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10./11. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist.
Da seitens der Obersten Exekutive immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf Deutschlands zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so erhielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der Stells. Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.
Nachdem Vertreter der Krüskien und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Angelegenheit im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. d. Mts. die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, gleichfalls die Reichswehren der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen.
Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalfeld-

marshall Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalkommandant Lubendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen und ist auf die Minderleistung, die sie auf die Arbeitsfähigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des G. H. D. zurückzuführen seien, erklärte Herr Lubendorff, daß dies durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das G. H. D. anerkennt die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungehindert fortgesetzt wird. Auf der anderen Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu wändigen Verstehe und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen.
Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitsentziehung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Reichs- und Staatsbeamten erheben Forderungen.

Sechsdreißig Beamtenverbände haben sich kürzlich zu einer „Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamten“ zusammengeschlossen, die nach Angabe ihrer Leitung nahezu eine halbe Million Mitglieder zählt.
In einer imposanten Versammlung, die am gestrigen Sonntag im Germaniaaal in der Chausseestraße tagte, trat die Interessengemeinschaft mit einer Rundrede für ihre Forderungen und Forderungen an die Öffentlichkeit. Die nachstehenden und wesentlichsten Forderungen der Beamten sind in zwei Entschließungen der in voriger Woche abgehaltenen Hauptversammlung der Interessengemeinschaft aufgestellt. Da wird zunächst der Wille der Beamten zum vaterländischen Durchhalten betont und dann gesagt, daß durch die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse die Grenze des Durchhaltens erreicht sei. Deshalb wird gefordert: Gleichmäßige, gerechte Verteilung der rationierten Lebensmittel unter Ausschluß von Begünstigungen für Schwerarbeiter und große Betriebe, wirksame Bekämpfung des Schwarzhandels, Erhöhung der Kartoffelration. — Damit ein leistungsfähiger, unbestechlicher Beamtenstand erhalten werde, wird eine durchgreifende Aufbesserung der Kriegs- und Teuerungszulagen, namentlich für die Unterbeamten, die fast verdrängt seien, als dringend notwendig gefordert. Außer diesen nachstehenden Forderungen betrafen die Versammlungsreferenten verschiedene allgemeine Wünsche. Die einseitige Festsetzung der Beamtengehälter wurde als nicht im Einklang mit dem neuzeitlichen Geist gesehen bezeichnet und deshalb gefordert, daß die Beamten vor jeder Aenderung ihrer Gehalts- und Einkommensverhältnisse gutachtlich gehört werden, so daß den Beamten in dieser Hinsicht eine gewisse, wenn nicht entscheidende Mitwirkung zugesichert werde. — Eine Neuordnung der Befoldungsverhältnisse im Sinne einer durchgreifenden Aufbesserung wurde als dringend notwendig bezeichnet, da die Beamtengehälter seit vielen Jahren in einem Verhältniß zu den Kosten der Lebenshaltung stehen. Wenn es heißt — sagte einer der Referenten — der preussische Staat bezahle seine Beamten zur Hälfte mit Geld und zur Hälfte mit Bier, so müsse gefordert werden, daß beide Hälften ein anständiges, den Lebensunterhalt gewöhnlichstes Gange bilden.

gefontes Personal mitgebracht und alle, alle erhoben sich für Weiterarbeiten im Wochenlohn, sie wollten nicht im Stücklohn arbeiten. Die Kommission konnte ihnen jedoch den Gefallen nicht erweisen, da die Bestimmungen der Militärbehörde eingehalten werden müssen. Dem Unternehmer wurde dringend aufgegegeben, sich danach zu richten und sofort den Stücklohn einzuführen.
In einer Versammlung der Militär- und Viehwirtschaftler, die am Sonnabend stattfand, referierte Sabath über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schneider während der Kriegszeit. Er gab eine allgemeine Uebersicht über die Gestaltung dieser Verhältnisse unter der maßgebenden Mitwirkung des Schneiderverbandes. So hat der Verband von Anfang an alles zur Deckung getan, um im Heereslieferungsweesen Mißständen vorzubeugen und die Arbeitsbedingungen der Kollegen und Kolleginnen zu verbessern. Für die Militärschneider, soweit sie Nacharbeit machen, habe das zwar nicht unmittelbare Bedeutung. Aber mittelbar hatten auch sie erheblichen Vorteil davon insofern, als dadurch den nach Maß arbeitenden Militärschneidern eine Konkurrenz ferngehalten wurde. Die tarifvertragliche Neuregelung für die Anfertigung und für die Nachschneiderei brachte zwar im Frühjahr in der Konfektion eine Lohnerhöhung von 85 Proz. und in der Nachschneiderei von 25 Proz.; es ist dadurch aber keineswegs ein Ausgleich für die Teuerung geschaffen. Es macht sich deshalb in den verschiedensten Orten das Bestreben nach Teuerungszulagen geltend. Es ist auch bereits vom Verband bei der Zentralorganisation der Arbeitgeber beantragt worden, Teuerungszulagen von 25 Proz. neben den früheren Lohnsteigerungen in der Konfektion und in der Nachschneiderei zu bewilligen. Die Verhandlungen darüber schweben noch.
Der Vorsitzende Koloff verwies darauf, daß bei einem zahlreicheren Anschlag an den Verband auch in der Viehwirtschaft sich bessere Verhältnisse schaffen lassen wie jetzt. Bei den verschiedenen Firmen bestehen große Unterschiede in den Löhnen. Es soll versucht werden, Abhilfe zu schaffen.
Durch eine Resolution wurde die Ortsverwaltung beauftragt, beim Hauptverband dorthin vorstellig zu werden, daß die Unterhandlungen mit dem Verband der Arbeitgeber über die Bewilligung einer Teuerungszulage von 25 Proz. beschleunigt werden. Für den Fall eines resultatlosen Verlaufes fordert die Resolution, daß am 1. Dezember der Tarif gelündigt wird.

Groß-Berlin

Eine unsaubere Waffe.

Oberbürgermeister Dominicus schreibt uns: Wie mir berichtet wird, ist in der gestrigen Versammlung von Vorortvertretern im Friedenauer Rathaus öffentlich die Meinung ausgesprochen worden, ich hätte ein persönliches Interesse an dem Justizdelikt einer Groß-Berliner Eingemeindung, weil mir für diesen Fall seitens der Stadt Berlin-Schöneberg eine Abfindungssumme zugesichert sei. Ich erkläre, daß diese Behauptung völlig un wahr ist.

Freigabe von Knochenbrüheextrakt.

Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, Berlin NW. 7, wird während des Monats Oktober 1917 große Mengen von Knochenbrüheextrakt, der als Zusatz zu Suppen, Saucen und Gemüsen sowohl für den Einzelverbrauch, als auch für Zwecke der Massenverpflegung verwendet werden kann, dem freien Verkehr übergeben. Der Verkaufspreis des inländischen Knochenbrüheextraktes an den Verbraucher ist auf 3 M. für das Kilo, des gemischten dänischen Extraktes auf 5,80 M. für das Kilo festgesetzt. Bei Abgabe in kleineren Packungen (Tolen) ist ein Aufschlag für die Verpackung mit 50 bzw. 70 Pf. zulässig. Die Abgabe an Interessenten zum Zwecke des Weiterverkaufs erfolgt nur während des

Monats Oktober — nach den Beschlüssen des Kriegsausschusses für Oele und Fette — durch folgende Firmen: Gesellschaft für Gewinnung von Fett- und Nebenprodukten G. m. b. H., Altona, Rönigstr. 215/217, Louis Wolf, Hannover, Alsterstr. 2, Paul Kasper, Braunschweig, Karl-Schmidt-Str. 18, Ad. Löwenberg, Mainz, Bienenwerter-Gesellschaft m. b. H., Crimmitschau-Station, Mühlstr. 10, G. m. b. H., Berlin NO 27, Androssstr. 22, Heinz u. Co., Halberstadt.

Die Teuerungszulage der Krankenkassen-Angestellten.

In einer fast überfüllten Versammlung nahmen die Beamten, Angestellten, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Groß-Berliner Krankenkassen Stellung zur Erhöhung ihrer Teuerungszulage. Der Referent Krüger vom Verband der Bureauangestellten verwies auf die ungeheure Steigerung aller Kosten der Lebenshaltung und betonte, daß die bisherigen Teuerungszulagen vollkommen unzureichend seien. Neuerdings habe die Stadt Berlin ihren Beamten und Angestellten wesentlich höhere Zulagen bewilligt. In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lange Diskussion an. Darauf wurde einstimmig beschlossen, die Krankenkassenvorstände zu ersuchen, die monatlichen Teuerungszulagen auf folgende Höhe zu erhöhen: Ledige unter 18 Jahren 50 M., Ledige über 18 Jahre 75 M., Verheiratete 100 M., für jedes Kind unter 16 Jahren 15 M. — Die bereits früher gestellte, bisher nur teilweise bewilligte Forderung nach einer einmaligen Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehalts wurde daneben erneut erhoben.

Als „Exporteur der Heereskücherei“ trat ein 30 Jahre alter Pferdehändler Albert Klau auf, der auf seinen Fahrten zwischen Berlin und Hamburg Reisegelegenheiten erzählte, daß er auf dem hiesigen Schlachthof tätig und in der Lage sei, ihnen größere Mengen Fleisch zu verschaffen. Er fand auch Günstige, die ihm den Marktpreis im voraus zahlten oder die Anzahlungen leisteten. Der „Exporteur“ fügte sie dann in die Nähe des Vieh- und Schlachthofes, ließ sie erst in einer Schankwirtschaft auf das Fleisch warten und verschwand mit dem Gelde. Gestern traf ein Betrogener ihn auf der Straße und ließ ihn festnehmen. Die Kriminalpolizei erkannte in dem Exporteur einen alten Schwindler wieder, der früher Hegehülse, Möbelhändler und wer weiß was sonst noch war.

Häufig ist gefagt wurde der Ruffahrer Thurov, dessen Frau bei einigen Tagen mit einem Kanne in ihrer Wohnung in der Androssstraße durch Gas verdrängt aufgefunden wurde. Der Mann war tot, die Frau liegt im Krankenhaus noch schwer darnieder. Eine Schneiderin Thurov, der von seiner Frau schon längst getrennt lebte, glaubte in dem Toten bestimmt ihren Bruder zu erkennen. Die Ähnlichkeit ist so groß, daß sie ihren Jertum erst erkannte, als sie den Bruder gestern auf der Straße begegnete. Thurov meldete sich jetzt bei der Polizei als noch lebend. Der tote Mann ist nun immer noch unbekannt.

Der „Offiziersstellvertreter“. Eine Dame aus dem neuen Westen lernte vor einiger Zeit in einer Wirtschaft einen Offiziersstellvertreter kennen, der das Eisen Kreuz und die österreichische Tapferkeitsmedaille trug. Sie schenkte ihm nach und nach so viel Vertrauen, daß sie ihm sogar die Wohnungsschlüssel überließ. Vor einigen Tagen traf man sich wieder in einer Wirtschaft am Wellenbänkeplatz. Der Offiziersstellvertreter, der noch einen Freund mitbrachte, wurde plötzlich durch den Heimprediger zu einem dringenden dienstlichen Gang abgerufen und kam erst nach geraumer Zeit wieder. Beim Aufbruch schenkte er die Begleitung der Dame ab, weil er noch dringend zu tun habe. Als sie nach Hause kam, waren ihr 2000 M. bares Geld und für 8000 M. Schmucksachen gestohlen. Die Wohnung war mit dem richtigen Schlüssel geöffnet. Der Dieb war der „Offiziersstellvertreter“, der als ein mehrfach bestrafter 33 Jahre alter Ruffahrer Heinrich Benzler das Verbrechenalmun ziert. Benzler wurde gestern ermittelt und festgenommen. Man fand nichts mehr bei ihm. Die Schmucksachen hatte er schon zu Geld gemacht und alles durchgegeben.

Radrennen in Treptow. Der jährliche Besuch der gestrigen Radrennen betrug, daß selbst das kühle Herbstwetter der kleinen Zahl den Verdienst nicht zu kurzen vermag. Der Export der sportlichen Darbietungen dagegen war aber ein nur recht magerer. Ein Dauerrennen hinter Rotoren über zehn Meilen löste sich wieder einmal in einem bloßen Zweikampf auf. Diesmal waren Krupat und Stellbrink die Kampfbühnen. Bauer, der dritte Teilnehmer, hatte andauernd unter Mod- und Rotorschäden zu leiden, wodurch er von vornherein weit zurückblieb. Kurz vor dem 60. Kilometer liegen dann aber auch Stellbrinks Kräfte zusehends nach, so daß nun Krupat unangefochten dem Ziele zusteuern konnte. Durch schnelles Fahren gelang es Krupat, den Treptower Rekord über 60 Kilometer zu überbieten.

Den Treptower Riegler waren drei Rennen reserviert, die aber ebenfalls wenig sportlichen Reiz boten.
Resultate. Vorgabefahren, 1900 Meter: 1. Urahorn (10) 1 Min. 6 Sek., 2. Köhlig (70), 3. Schulz (70), 4. Krabner (40 Meter Vorgabe). — Hauptfahren, 600 Meter: 1. Hoffmann 1 Min. 20 Sek., 2. Schulz, 3. Köhlig, 4. Siepel, 5. Wegeler. — Rennstrecke-Berfolgungsbrennen. Sieger: Abraham-Beckend in 21 Min. 20 Sek. gegen Samal; Krabner, Häußler und Müller schieden im Verlaufe des Rennens aus. — Zehn Meilen: 1. Krupat 1 Std. 8 Min. 40 Sek., 2. Stellbrink 5100 Meter, 3. Bauer weit zurück.

Vorausichtige Witterung für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittig. Hiemlich mild, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenfällen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Ulrich Schatz, Remden; für Inserate: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchdruckerverein u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches Ballett auf dem Elbe.
7^{1/2} U. Vorzügl. Küche.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beil. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Gynäkologische, Erblich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutanteruchung.
Königsstr. 34/36, Bahnhof Alexanderbr. 10
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Alte Belouhüte
Feilbühne, Gültüte werden wie neu auf moderne Formen umgeprägt.
Neue Uniformen direkt in Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstr. 39, an der Chausseestraße. Filiale: Bismarckstr. 7, a. d. Kantstr.

Hämorrhoiden-Mittel, 1000fach bewährt. 25. 4. — u. 7.50; Preis. frei. Apoth. Lauenstein's Versand, Spremberg L. 44.

Hautjucken
(Krätze) (wirksames Spezialmittel)
6 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M. Apoth. Lauenstein's Versand, Spremberg L. 44

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbad. Behandl. von Zuhilfs-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Gynäk. Fälle, Ghrück-Hata-Kuren, schmerzlos, kürzeste Behandlung ohne Verwundung. Blutunteruchung. Blg. Preise. Telgahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Nerven- und Stoffwechselfeiden
insbesondere Nervenstärke, Überverhaltung, Nücht und Rheumatismus, Juckreiz, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- u. Nierenkrankheiten, Blasenkatarrh, Frauenleiden, Schwächezustände, Hautleiden werden mit vorzügl. Erfolge nach besonderem Verfahren ohne jede Verwundung behandelt. — Kurze Kurdauer. — Kombinierte Dancstoffuren. — Künstliche Föhrensonne. — Ausführliche Prospekte kostenfrei. Sprechst. 9-10^{1/2}, 8-4^{1/2}, Sonnt. 10-11
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Potsdamer Str. 123b.

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk.
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnzieh, mit Bettlbg., Umarbeitg., Reparatur, sofort. Eill. Preisen, auch Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstraße 105, nahe Invalidenstr. Persönl. zu spröch. 10-7, Sonnt. 10-12. Tel. Nr. 11503

Spezial-Arzt
1. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers 1/2 5-1/2, 10 U. abends, Sonntags 1/2 11-1 Uhr. 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.
Potsdamer Str. 117
Aufklärende
Dr. med. Karl Reinhardt.

Sattler
auf Tornister und Taschen sucht
Cohan, Tredeuerstr. 82/83.

Geübte Löterinnen für Taschenlampenbatterien
verlangt sofort
Batteriefabrik „Cordesia“, Ritterstraße 11.

Wärmepresser u. Wärmemacher
sucht
G. H. Speck, Zünderpresswerk, Lützowstr. 2.

Tüchtige Maschinenschlosser
heißt sofort ein
53102*
Loeb & Co. G. m. b. H., Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Hohenschönhausen, Godesstraße

Tüchtige Spizendreher
werden sofort eingeehlt.
53112*
Loeb & Co., G. m. b. H., Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Charlottenburg, Britischestr. 27/28

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerstr. 75 II
Vollständige normale Ausbildung, Disziplin, Religiös, Gelehrlich, Uhrren, Brillanten, Schmucksachen
15-50%, unt. Ladendr.

Bücher
und
6102*

Bücherinnen, Hofarbeiter
sofort gesucht.
Stahlwerk Bothe, Weiskenseer, am Inquarie-Bezirk.

Helmbeschläger
verlangt sofort
Wobertab, Schornbergstr. 10.
Maler, Lackierer und Vergolder
verlangt Lindenstraße 16-17.